

Er scheint täglich.

Preis: durch die Boten M. 2, durch die Post M. 2,20 per Quartal, monatlich 67 Pfennig.

Anzeigen: Zeitzeile oder Raum 15 Pfg. Minimum 2 Zeilen. Reklamen 50 Pfg. Fernsprechanschluß Nr. 1028.

# Düsseldorfer Volksblatt.

Mit der illustrierten Beilage „Düsseldorfer Sonntagsblatt“.

Chefredakteur Dr. Ed. Häagen. Verantwortl. Redakteur: Ludw. Weber in Düsseldorf. Druck und Verlag des Düsseld. Volksblattes, Gesellschaft m. b. H. in Düsseldorf.

Haupt-Expedition: Poststraße 14.

Official-Expeditionen: Schadowstraße 35, Friedrichstr. 42, Hafenstr. 11, Neuhäuserstr. 50, Schützenstr. 1, Kölnstr. 299.

Agenturen: Annoncen-Bureau in allen größeren Städten.

Nr. 302.

Sonntag, 3. November 1895 (Subert).

29. Jahrg.

## Zweites Blatt.

### Dürfen die Geistlichen auch den Bestehenden Buße predigen?

Von den „jüngeren Pastoren“, gegen die der Bannspruch der „Konservativen Korrespondenz“ gerichtet war, liegen zwei Erwiderungen vor. Raumann, der Führer der sozial-radikalen Richtung, antwortet in seiner „Hilfe“ u. a.: „Wir haben uns wirklich um das Volk gekümmert, sein Leben gesehen, seine Sorgen gehört, haben verübt mit denen in Liebe zu reden, für welche die Konservativen nur Umsturzgehege haben, wir haben mit schwachen Kräften den Versuch gemacht, nach dem Willen Jesu Christi auch im öffentlichen Leben dazuzuhelfen, und dieser Versuch ist den Konservativen innerlich zuwider. Bei Siedler hat man sich noch manches gefallen lassen, weil er im übrigen für den Christen und Besseren eintretet; gefolgt ist man dem christlich-socialen Ansichten Siedlers weder bei Ausfüllung des Sozialprogramms, noch sonst. Wo aber nun ein jüngeres Geschlecht voll christlich-socialer Begeisterung kommt und nicht mehr in Hochachtung vor den Herrn des Orients erlischt, da giebt es keinen Bann mehr: „hinans mit euch!“ Raumann spottet dann darüber, daß die Konservativen, die ihn wegen Erregung von Unzufriedenheit anklagen, selbst so leuchtende Proben von Gebuld, Geduld, Friedfertigkeit und Nichtbegehrlichkeit geben: „Die Kämpfer gegen den Handelsvertrag finden es unerhört, wenn auch der Arbeitsvertrag der Gefährdung angeht; die Arbeiter der Dampfer der Miete der leitenden Landwirtschaft wollen keine Darstellung der Miete der Arbeiterschaft lesen.“ Recht scharf ist folgende Bemerkung: „So lange die Briefe Sammerleins noch über Ihnen schweben, haben Sie alle Ursache, den Vorwurf des Hochmuths der Autorität nicht gegen Leute zu erheben, deren Königsstreue nicht ohne jeden Zweifel besteht.“ Farrer Raumann nimmt dann den Kampf auf, empfiehlt den Freunden der „Hilfe“, sich in regelmäßigen Zusammenkünften zu sammeln und auch auf Besprechungen gefaßt zu sein.“

Herr C. Wagner (Brigade), der auch auf der Reichstagsliste stand, erklärt im „Reichsboten“, er sei gar kein Nationalist, er sei überhaupt nicht als Politiker aufgetreten, sondern habe sich ausschließlich auf dem Boden der Kirche und der inneren Mission bewegt. Er führt den Bannspruch der konservativen auf sein Buch „Die Sittlichkeit auf dem Lande“ zurück und bemerkt darüber:

„Das Büchlein enthält im wesentlichen meinen im vorigen Jahre in Colmar vor den Vertretern der deutschen evangelischen Kirchlichenvereine gehaltenen Vortrag über die thatsächlich in den verschiedenen Kreisen der ländlichen Bevölkerung vorhandenen sittlichen Schäden, wie solche lange vor mir von ernst christlichen, politisch und kirchlich-konservativen Männern nicht bloß privatim zugehört, sondern öffentlich dargelegt sind. ... In meinem Büchlein findet sich nicht ein einziger Satz, der von irgend welcher Antimoral gegen die herrschende Klasse zuerst oder gar die Verdächtigung rechtfertigt, ich ging darauf aus, die Arbeiter zu umschmeicheln. ... Ich habe den Finger auf die Geirbeulen der ländlichen Bevölkerung gelegt, wo ich sie fand, bei den Arbeitern nicht minder, als bei Bauern und Gutsbesitzern. Auch meinen prinzipiellen Gegensatz zur Socialdemokratie habe ich, soweit Veranlassung dazu war, an verschiedenen Stellen scharf ausgesprochen. ... Zu bezug auf die ländliche Unsitlichkeit halte ich es mit dem Dichterwort: „Wer die Wahrheit kennt und jaget sie nicht, der ist fürwahr ein erbärmlicher Wicht.“

Gegen die Raumannsche Socialpolitik läßt sich ja, weil sie zu weit nach links geht, manches einwenden; aber die „Kon. Kor.“ hat dem Manne mit dem Vorwurf der bösen Absicht offenbar Unrecht getan, und sie zieht in dem Streite überhaupt den Kürzeren, weil es sich klar erkennen läßt, daß der letzte Grund und Endzweck ist: die Pastoren sollen den Großgrundbesitzern nicht die Wahrheit vorkommen. Noch deutlicher tritt das in dem Falle des Pastors Wagner zutage. Der Mann will die Unsitlichkeiten auf dem Lande abstellen, was doch wahrlich in den Verne eines christlichen Geistlichen liegt. Aber er wird gemeinhin, weil er nicht einseitig auf die Arbeiter losgeht, sondern auch den Arbeitgebern das Gewissen zu schärfen sucht.

Nun ergreift zu den beiden erwähnten Erklärungen der Pastor Engel vom „Reichsboten“ das Wort, indem er eine lebhaftige Abmahnung an die Geistlichen“ richtet, sie möchten nicht ihr Amt vernachlässigen und nicht den „socialen Klassenkampf“ proklamieren. Aus dem Tone dieses Artikels kann man herausfühlen, daß Pastor Engel vielen seiner Amtsbrüder sympathisch für die Gemäßigten und Neigung für eine energische Socialreform zuträufelt. Er sagt, daß auch in christlichen Kreisen ein bedenklicher radikaler Geist eingewogen sei, der alle Dinge auf die Spitze treibe. Pastor Engel ist nun seinerseits christlich genug gefunden, um nicht grundtätig die Berechtigung der Geistlichen, auch die Sünden der Bestehenden zu tadeln, in Worte zu stellen. Er drückt sich in diplomatischer Weise an der Schwierigkeit vorbei mit dem Sage: man dürfe thatsächlich vielleicht vorhandene Missethäter nicht zur Sprache bringen in einer Zeit, wo die Mittel zur Besserung fehlen. Dann wird ein kritischer Punkt, die Wohnungsfrage, in folgender Weise berührt:

„Wenn wir uns nach den Verhältnissen im Dien erlaubten, so müßten wir uns, die Verhältnisse seien allerdings den jetzigen Ansprüchen an menschliche Wohnungen nicht entsprechend, allein es sei in vielen Gegenden schon besser geworden und das Streben nach Besserung sei überall vorhanden; die Gutsbesitzer seien schon dazu gezwungen, weil ihnen sonst die Arbeiter fortgingen, es halte aber jetzt bei der schlechten Zeit schwer, größere Mittel dazu aufzubringen. Andere wieder schätzten die Verhältnisse als sehr schlimm; allein immerhin sollten Geistliche bedenken: wenn die Verhältnisse wirklich so schlimm sind, daß sie ohne Rücksicht sofort geändert werden müßten, so fällt gerade auf sie eine Schuld, daß sie nicht früher diese Zustände aufgedeckt haben, wo die Gutsbesitzer die Mittel besaßen, sie zu bessern.“

Letztere Schlussfolgerung ist sonderbar. Wenn das Uebel schon so alt ist und so lange in schändlicher Weise verübt wurde, so darf man nun doch nicht noch länger schweigen, sondern muß die Wahrheit in der Augenblicke, wo man

gen. Vor dem jüngsten Gericht wird die Frage, ob der Großgrundbesitzer wirklich nicht die Mittel gehabt habe, um die Arbeiterwohnungen so weit zu verbessern, daß nicht die Geschlechter, Altersklassen und Familien wild durcheinander liegen müssen, wohl etwas enger geprüft werden, als es im friedliebenden „Reichsboten“ geschieht. Wir verstehen die Furcht des „Reichsboten“ vor dem gewaltigen Krach in der konservativen Partei, der entstehen würde, wenn eine erhebliche Anzahl von Pastoren an den ländlichen Besitzern eine so scharfe sittliche Kritik üben wollten, wie es an den „gewöhnlichen Leuten“ so vielfach unter dem Beifall der konservativen Herren geschieht. Aber den Standpunkt des „Reichsboten“, daß man über Missethäter dieser Art schweigen müsse, wo angeblich die Mittel zur Besserung fehlen, halten wir doch für sehr bedenklich. Jedenfalls ist es ein großer Mißgriff, daß die konservativen Parteimitglieder gegen Pastoren wie Wagner, die eine sittliche Besserung anstreben, mit dem größten Parteibeifall zu Felde zieht. Es wäre schon genug gewesen, wenn Herr Raumann wegen dieser socialradikalen Ausdehnung in die Acht gethan hätte, und zwar in einer solchen Form, daß der Verdacht, man wolle die Kritik des Großgrundbesitzes bestrafen, nicht aufkommen konnte. Nun auch Wagner so scharf zu behandeln und das Kirchenregiment gegen diese ganze Reihe ungewohnter Pastoren aufzuführen, das ist ein politischer Fehler und zugleich eine Gefährdung der Kirche und des Christentums.

Denn es giebt keine schärfere Waffe gegen Geistlichkeit und Kirche in den Händen der Socialdemokratie, als wenn sie dem kleinen Mann mit einem Schein des Rechts einreden kann: „Die Religion ist bloß dazu da, um eich dienlich zu machen und den Herren ein angenehmes Leben zu sichern. Der Geistliche geht euch scharf zu Leibe, wenn ihr etwas über die Schnur haut; aber wenn die gnädigen Herren die Geuisse der Welt sich zu Gemüte führen und den Arbeiter dabei vollkommen lassen, dann sagt der Geistliche nichts dazu.“ Wer ein wenig hineingeblickt hat in die Verführungsversuche, der weiß, wie entsetzlich verhängend der Verdacht wirkt, daß die Geistlichkeit mit zweierlei Maß meße und daß die Kirche Christi, die als Gemeinshaft der Armen und der Unterdrückten anfing, jetzt zu einer Anstalt für polizeiliche und Besizer-Interesse mißbraucht werden könnte. Von der ebanenigen Kirche im Osten, die durch Patronat, wirtschaftliche und sociale Existenzbedingungen des Geistlichen z. B. so wie so schon in höherer Maße, als gut ist, von einem einzelnen Stande abhängt, muß ein solcher Verdacht mit besonderer Sorgfalt fern gehalten werden. Das Vorgehen der konservativen Parteimitglieder ist also auch von uns, im Interesse des gemeinsamen Christenglaubens und der Religion, als sehr unvorsichtig zu beklagen.

## Deutsches Reich.

Berlin, 1. Nov. Der Kaiser, welcher Mittwoch nachmittag im Offiziercorps der Gardeschützen zu Groß-Lichterfelde das Diner einnahm, trat abends 10 Uhr in Berlin ein, sprach beim Reichstanzler Fürsten Hohenlohe vor und nahm von demselben einen längeren Vortrag entgegen. Donnerstag früh begab sich der Kaiser zum Schießplatz bei Krummerdorf und kehrte nachmittags zum Neuen Palais zurück.

Der Kolonialrat erledigte am Dienstag nachmittag den Etat für Südwest-Afrika. Eingehend wurde die Auswanderungsfrage sowie die Frage der Gründung von Strafkolonien erörtert. Mittwoch vormittag tagten die Ausschüsse für die Regelung der Sklavenfrage und der Landfrage in den Schutzgebieten; nachmittags nahm der Kolonialrat Kenntnis von dem Stande der Vorarbeiten für die im nächsten Jahre stattfindende Kolonial-Ausstellung und beriet dann über die Ordnung der Landverhältnisse in Ost-Afrika. Am Donnerstag tagten die Ausschüsse über die Rechtspflege in den Schutzgebieten und über die Vorbildung der Kolonialbeamten zur Beratung. Damit war das Material erschöpft.

Bei der Gerichtsverhandlung gegen Dierl und Genossen war, dem „Vorw.“ zufolge, der Kaiserliche Hof-Anwalt v. Keller zugegen; derselbe machte sich wiederholt Notizen. Dierl, Mund und Raumann sind gegen die Kaution von je 5000 M. aus der Haft entlassen worden.

Zur Zeit findet eine Zusammenziehung der deutschen Seestreitkräfte in Ostasien in den Gewässern von Swatow-Amoy statt. Während bereits in den letzten Wochen dortselbst die Schiffe „Arcona“, „Cormoran“ und „Alis“ kreuzen, sind von Swatow aus auch noch „Kaiser“, „Trene“ und „Prinz Wilhelm“ dorthin aufgegeben.

Der Entwurf eines Wörsengesetzes wird dem Reichstag, der „Nordd. Allg. Ztg.“ zufolge, sofort nach Eröffnung der Tagung zugehen.

Der Reichstag wird, wie die Kreuzzeitung, „aus besser Quelle“ erzählt, zum 3. Dezember d. J. einberufen werden; die amtliche Bekanntmachung dürfte heute noch erfolgen. Im vorigen Jahre trat der Reichstag am 5. Dezember zusammen, in früheren Jahren schon zwischen dem 15.-25. November. — Der Etat ist nach der „Nat.-Ztg.“ jetzt fertiggestellt bis auf die Etats der bayerischen z. Kontingente.

Der Reichstagsabgeordnete Farrer Raumann, Vertreter des reichsständischen Wahlkreises Volchen-Diedenhausen, ist gestorben. Bei der Wahl von 1893 war er mit 15033 Stimmen gegen 3979 freikonservative und 504 socialdemokratische Stimmen gewählt worden.

Zur Herstellung von Torpedo-S-Booten soll, wie die „Post“ vernimmt, in den kommenden Etat eine bereits im Etat 1895/96 enthaltene, damals aber nicht bewilligte erste Rate eingestellt werden, und zwar soll dieselbe zum Bau einer weiteren Serie von 8 Gefäß-Torpedoboote verwendet werden, deren Gesamt-Perforationskosten nahezu 4 Millionen betragen. Von bedeutenden Forderungen der Marine-Verwaltung für 1896/97 sei dagegen keine Rede.

Zu der Zeitungsmeldung, der französische Konsul Ferris in Tanger habe am 19. und 20. Oktober mittelst 4 seiner Soldaten bei einem Deutschen am hellen Tage Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung verübt, bemerkt die „Nordd. Allg. Ztg.“, an zuständiger Stelle sei von diesem angeblichen Vorfall nichts bekannt.

Der socialdemokratische Reichstagsabgeordnete Schulze Königsberg wurde heute in Berlin von der

Anlage, in einer Volksversammlung in Köpenick bei Berlin zu Gewaltthätigkeiten angereizt zu haben, freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte 1 Jahr Gefängnis beantragt.

\* Germania, von Bunde der Landwirte“ geht der „Germania“ vom Bunde der Landwirte“ geht der „Germania“ vom 29. Oktober d. J. Nr. 251 findet sich in einer Besprechung über die Geschäftsführung im Centralbureau des Bundes der Landwirte in Berlin die Behauptung, daß ein Circular, enthaltend ein Ersuchen um Zahlung der rückständigen Mitgliederbeiträge, an solche Bundesmitglieder geschickt worden sei, die ihren Beitrag schon vor Monaten beim Bunde bezogen. Bei der ritterchaftlichen Darlehnskasse eingezahlt hätten, ferner daß die dadurch entstandenen Portofolien 20,000 Mark betragen und sonach das Rundschreiben an sämtliche Bundesmitglieder gegangen sein müsse.

Wir erklären demgegenüber: Es ist nicht wahr: 1. daß ein entsprechendes Rundschreiben an alle Bundesmitglieder gegangen ist, 2. daß Bundesmitglieder, welche ihren Beitrag in oben behaupteter Weise beim Bunde oder bei der ritterchaftlichen Darlehnskasse eingezahlt haben, um Einbindung ihres Beitrags gemahnt worden sind, 3. daß der Bund als Porto für das Rundschreiben auch nur annähernd die behauptete Ausgabe gehabt hat; nicht einmal der fünfzigste Teil dieser Summe ist verbraucht worden.

Der zweite Vorstehende: Der Direktor. F. B. (Name unleserlich.)

Die „Germania“ erklärt zu dieser Berichtigung: 1. Wir haben nur gesagt, das Rundschreiben sei eine an alle Bundesmitglieder ergangen zu sein, 2. einige Mitglieder des Bundes der Landwirte werden jedenfalls ihren Beitrag eingezahlt haben, 3. der Zweifel, daß der Bund der Landwirte 200,000 Mitglieder zähle, ist nicht zu bestreiten worden. Wie viel nominelle und wie viel zahlende Mitglieder zählt denn der Bund der Landwirte? Wir bitten um Aufklärung.

Im Reichstag ist am 1. Nov. die Frage der Arbeit die Stelle eines weiteren Vortragenden Rates geschieden worden, und schon der nächste Etat eine Forderung dahin enthalten. Eine Vermehrung der jetzigen Zahl, welche sich auf 6 beläuft, ist mit Rücksicht auf die Mehrung der Arbeit durch das bürgerliche Gesetzbuch wohl angebracht.

Für Freiherrn v. Mirbach stellt das „Volk“ einige Zeitungsstimmen zusammen, welche sich auf die Unterbrechung desselben mit Singer in der bekannten Sache beziehen; das „Volk“ will durch dieselben dem Freiherrn zeigen, wie „sehr rücksichtsvoll“ das Stöckerische Organ ihn behandelt habe. Wir haben das Wesentliche aus den Citaten hervor. Der „Deutschen Tageszeitung“ fehlen beinahe die Worte zur Kennzeichnung des Verfälschers, daß ein kaiserlicher Oberpostmeister zu dem jüdischen Hauptling jener Räte von Menschen gegangen sei, um nicht den Schein der Zurücksetzung zu erwecken, und um ihn — das Herz empöre sich — um Schonung des Andenkens unseres glorreichen Heldentodes zu bitten. Das sei die Methode, in der hohe Postbeamte den Kampf gegen den Umsturz führten. Beweis hätte Singer das Gewicht gehabt und es den Wenigen gegenüber geäußert: „Sie wissen uns kommen. Wenigleich ein Oberpostmeister kein politischer Beamter sei, so müßte er doch jwiel Einfachheit haben, daß er die Folgen seiner Handlungsweise überblicken könne; sonst würde es sich empfehlen, daß jene „unpolitischen“ Beamten verpflichtet würden, sich für ihren Verfehrl mit politischen Verantwortlichkeiten vorher bei politischen Beamten Rat zu holen.“ Die „Deutsche Nachrichten“ schreiben, daß wenn der Freiherr v. Mirbach mit dem Führer des vom Kaiser „Rotte“ genannten Gros, um den Schein der Zurücksetzung zu vermeiden, in Verbindung getreten sei, dann betrachtet es umgekehrt die Männer der Ordnung als ihre Pflicht, vor einer solchen Begriffsverwirrung zu warnen. Eine solche zarte Rücksichtnahme von oben auf den so wie so schon bis zum Größenwahn gesteigerten Ehrgeiz der revolutionären Parteihäupter fehle doch noch, um die bürgerliche Gesellschaft mit Haut und Haaren der Socialdemokratie auszuliefern. Denselben verderblichen Geist des Entgegenkommens kennzeichnet auch von Mirbachs Aufseher, daß er es für erklärlich halte, daß die socialdemokratische Fraktion „aus Prinzip“ gegen eine derartige Bewilligung stimmen werde.

Wenn v. Mirbach das „Prinzip“ so in Ehren halte, warum lasse ihn dann seine Vorliebe für daselbe im Stich, sobald es sich um die Principientrene eines christlich-konservativen Mannes handele. Während v. Mirbach schonungslos Singer gegenüber, der doch zu wiederholten Malen das Andenken des alten Kaisers verunglimpft habe, bemerkt habe, es sei „kränkend“, daß der „Vorwärts“ nicht die nötige Rücksicht auf Andenken des vereinigten Kaisers genommen habe, wenn er das „Volk“, das nichts anderes gethan habe, als daß es den Born der bössischen Kreie durch eine freimütige Kritik der Gruppe Mirbach-Singer herausgefordert, ein „sehr bössartiges“ Blatt. Auf den Vorwurf das „Volk“, daß er bei den Juden Geld einhole für den Bau einer christlichen Kirche, habe v. Mirbach geantwortet, er halte es nicht für nötig, sich deswegen zu verantworten, denn „wer Schmutz anfasse, beflebe sich“; also das „Volk“ sei Schmutz für Herrn v. Mirbach, den er nicht angreifen wolle; den „Vorw.“ aber nehme er ohne Schein in seine aristokratischen Hände, trotz seiner revolutionären Sprache, ja ertheile ihm sogar eine gute Cenfur. Wie solle sich da das Volk ermannen, wenn von oben her ein so wenig manhaftes Beispiel im Kampf gegen den Umsturz gegeben werde. — Zur Zeugenschaft des Herrn v. Mirbach bemerkt der „Vorw.“, daß derselbe sich zweimal bei seinen eiblichen Ansagen geirrt habe. Einmal wisse sich v. Mirbach des Inhaltes der fraglichen Unterbrechung mit Singer sehr ungenau zu erinnern, denn er habe Singer auch Gründe für die Bewilligung des verlangten Beitrages vorgetragen, und wesentliche Teile derselben seien seinem Gedächtnis entschwunden; zweitens habe die Unterbrechung nicht Ende 1892 oder Anfang 1893 stattgefunden, sondern im letzten Drittel des Jahres 1894. Der Bericht über dieselbe sei im „Vorw.“ am 26. Januar erschienen. Zu dieser Richtigstellung des „Vorw.“ sagt das „Volk“, welche ein Lärm würde sich in der gefamten gegnerischen Presse erheben, wenn beispielsweise Siedler sich in bezug auf eine eibliche Aussage in der Lage des Herrn v. Mirbach befände.

## Locales und Provinziales.

Düsseldorf, 2. Nov. \* Amtliches. Dem bisherigen Kandidaten Dr. jur. Fervers zu Oberfeld ist, nachdem er unter Ernennung zum Regierungs-Assessor in die Verwaltung der indirecten Steuern übernommen worden, die Stelle des Stempelfiskus und Vorstehers des Erbschaftsteueramtes zu Düsseldorf verliehen worden.

\* Ein Mittel gegen Blutergüsse hat unlängst in der „Deutschen Lehrzeitg.“ Pastor Diebst aus Breitenfelde (Pommern) kundgegeben. Er schreibt: Die Mittelung von der Blutergüsse einer Berliner Lehrerin durch den Stich einer Feder mit Tinte unter einen Nagel veranlaßt mich, ein probates Mittel gegen Blutergüsse mitzuteilen. Es ist dies nichts anderes als das was man den verletzten Teil in saure Milch oder Bittermilch eintränkt, die davon ganz warm wird und etwa dreimal täglich erneuert werden muß. Man wendet das Mittel in Westpreußen mit Erfolg bei Schlangenbissen an; es hat sich auch bei Phosphorvergiftung bewährt. Mein eigener Sohn ist dadurch von Blutergüssen gerettet worden. Er hatte auf einem Gute in Westpreußen von einem Hundebissen abprallenden Phosphor unter den Nagel bekommen; in kurzer Zeit war der Arm ganz angeschwollen. Da ritt er nach dem Nachbargute, wo sich die Volkerei befand, nahm gleich ein großes Gefäß mit saurer Milch und hielt den ganzen Arm hinein. Sogleich kühlte er die Entzündung. Er erneuerte dreimal die Milch, und in der Zeit von zwei Stunden war alle Gefahr beseitigt und der Arm und die Hand waren wie zuvor. Es sollte mich sehr freuen, wenn durch das einfache Mittel Vielen geholfen werden könnte.“

\* Herbingen, 31. Okt. Die Stadtratswahl in Herbingen auch hierorts vor der Thüre. Am kommenden Dienstag findet die Wahl für die dritte Abteilung statt, welche wohl das größte Interesse beanspruchen dürfte, da in derselben fast 100 mal mehr Wähler vertreten sind, wie in der ersten Abteilung. Es scheiden diesmal aus die Herren Aug. Horster und Aug. Wintner. Bis vor 6 Jahren, da beide Herren gewählt wurden, gehörte die dritte Abteilung der Centrumpartei; damals unterlag der Kandidat des Centrums, Herr Gust. Gremer, dem Kandidaten der „liberalen“ Partei, Herrn Aug. Wintner, und seitdem errang die „liberale“ Partei in der dritten Abteilung stets den Sieg, wenn auch mit knapper Majorität. Herr August Horster ist also noch der einzige von der dritten Abteilung gewählte Stadtverordnete, welcher der Centrumpartei angehört, und der, was wohl vereinzelt dastehen dürfte, ununterbrochen seit 49 Jahren als Vertreter der dritten Abteilung dem Collegium angehört. Wer nun geglaubt hatte, daß schon mit Rücksicht hierauf die „liberale“ Partei diesmal von der Aufstellung eines Kandidaten gegen Herrn Horster Abstand nehmen würde, der hat sich eine argen Täuschung hingegeben. Die „liberale“ Partei sieht sich heute bereit so stark, daß sie sich alles erlauben zu dürfen glaubt, und es sogar waagt, in einer Stadt, deren Einwohner zu fast 9 Zehntel Katholiken sind, zwei Protestanten für die dritte Abteilung zu präsentieren, den ausstehenden Herrn Fabrikbesitzer Aug. Wintner und den Schenkwirt Georg Gremer. Dieses Vorgehen hat dem hoch bei den hiesigen Katholiken überachtet und manchem die Augen geöffnet, der bis jetzt geschlossen, alles ruhig seinen Weg hat gehen lassen und sich aus kirchlichen Rücksichten von den Stadtratswahlen fern gehalten hat. Wie der zu stark gespannte Bogen zerbricht, so wird das Vorgehen der „liberalen“ Partei hoffentlich dazu beitragen, alle katholischen Wähler aufzurütteln.

\* Aus Baden. Unter dem Titel „müßerstaatliche Staatsretterei“ erzählt der Karlsruhe „Volksfreund“ die Geschichte eines Prozesses, die besonders dazu ansetzt, die Verfolgung unserer Polizei und in Konflikt mit dem Verstande darzutun. In Triberg hatten die Socialdemokraten eine Raifeler veranstaltet, bei der auch ein bekanntes und nirgends verbotenes Couplet „Eine lustige Flugblattverteilung oder der geprellte Gendarm“ zur Aufführung gelangte. Der die Feier überwachende Beamte, ein Referendar vom Bezirksamt Billingen, löste auf Grund der §§ 4 und 11 des badischen Vereinsgesetzes das Fest auf, weil der überwachende Gendarmereiwachsmesser sich durch diesen Vortrag — verhöhnt fühlte. Auf erstattete Anzeige bei der Offenburger Staatsanwaltschaft verfügte diese beim Amtsgericht zu Triberg, den Coupletfänger wegen Uebertretung des § 51 Z. 1 Pol. St.-G.-B. in eine Geldstrafe von 30 M. event 6 Tage Haft zu nehmen. Das Amtsgericht lehnte den Antrag unter Verfallung der Kosten auf die Staatskasse ab. Darauf wandte sich die Staatsanwaltschaft an das Landgericht zu Offenburg, das die Entscheidung des Amtsgerichts wieder aufhob und die Angelegenheit vor das Schöffengericht in Triberg verwies. Das Schöffengericht fällte ein freisprechendes Urteil, gegen das der Amtsanwalt Berufung einlegte, so daß die Angelegenheit vor der Offenburger Strafkammer abermals zur Verhandlung gelangte. Diese endlich erkannte den Coupletfänger für schuldig und verurteilte ihn zu 20 M. Geldstrafe. Mit scharfen Worten gelieferte der Verteidiger des Angeklagten diese Art der modernen Staatsretterei, die der Polizeiwelt der vierziger Jahre an die Seite zu stellen sei; mit denselben Mitteln, mit denen man heute die Arbeiterbewegung verfolge, habe man damals die aufstrebende bürgerliche Bewegung zu unterdrücken gesucht; so u. a. den Turnvereinen mit der schwarz-rot-goldenen Fahne dieselben Schwierigkeiten gemacht, wie heute den Arbeitervereinen mit roter Fahne. Wollte man die Konsequenzen aus diesem Urteil ziehen, so dürfe man bald kein klassisches Drama, kein Lustspiel und keine Posse mehr aufführen. Es half aber alles nichts, der Staat war in seinem Gendarmereiwachsmesser befestigt und diese Befestigung mußte gestiftet werden. — Der Staat ist gerettet!

\* Er hat Retourbillet! Der „Straß. Post“ entnehmen wir folgendes lustige alemannische Gedicht: Ge Karlebräbe aben Jiehab Jahrt's erstemol en Wälderma. Des Fuehrerwerc g'falt em gar nit schlech! So seht er sich denn breit zuredet Und nimmt sie Pfiffli wem Sed, Schlot Für und raucht en Molltuba. W einmol jünd mer Dichter a, Und gobl's i's Tuel. „Dunderchla! Jetzt gobl's i' d' Pöhl, Wir, halt nu still!“ So rüest en Herr, der'n foppe will. Doch rüest seit de Wälderbur: „Mir isch es glich, ich b' a retur.“

## Kirchenkalender.

Sonntag, 3. November. 22. Sonntag nach Pfingsten. Subertus, Bischof. Evangelium Matthäus 22, 15-21. Epistel Philippier 1, 6-11. Monastische hl. Kommunikation der Kinder der St. Andreas, St. Maximilian, St. Lambertus, St. Rochus, St. Faxe. In Maria - Himmelfahrt monatliche hl. Kommunikation die Mädchen, in Maria - Empfängnis der Kinder der Kreuzschule. Für die Marianische Dienstboten-Kongregation Vortrag und Unbacht in der Kapelle des St. Annastifts. In St. Rochus während der Allerheiligen-Diast abends 6 Uhr Unbacht für die Verstorbenen. In der St. Subertus - Stiftskirche Schlußfest des Heil. Subertus. 1. hl. Messe morgens 7 1/2 Uhr, feierl. Hochamt 10 1/2 Uhr. Nachmittags 4 Uhr Feiertag mit sakramentalischer Andacht.

